

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 64 Pfg.

Zeitsprecher Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

und Umgegend.

Insertate werden Montag, Mittwoch und Freitag bis spätestens 12 Uhr angenommen.

Insertionspreis 15 Pfg. pro vierzeiliger Korpuszeile. Außerhalb des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Pfg. Betrubender und tobendlicher Satz mit 50 % Aufschlag.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Weissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Tharandt.

Lokalblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burkhardtswalde, Croisitz, Grumbach, Grund bei Rohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Wandsdorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Losen, Rohorn, Rützig-Rohrschen, Rungitz, Neufirchen, Neulanneberg, Niederwartha, Obergrumbach, Bohrsdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Bernau, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Rohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Tautenhain, Unterkorsdorf, Weistropf, Wilsberg.

Mit der wöchentlichen Beilage „Welt im Bild“ und der monatlichen Beilage „Unsere Heimat“.

Druck und Verlag von Arthur Schunke, Wilsdruff. Für Politik und Inserate verantwortlich: Arthur Schunke, für den übrigen Teil: Johannes Krzig, beide in Wilsdruff.

No. 58.

Dienstag, den 25. Mai 1909.

68. Jahrg.

Berichtigung.

In der unterm 5. Februar dieses Jahres in Nr. 18 dieses Blattes abgedruckten Bekanntmachung über die Bekämpfung der durch übermäßigen Alkoholgenuss der in

Steinbrüchen beschäftigten Arbeiter herbeigeführten schädlichen Folgen und Gefahren für diese muß es im § 7 Absatz 1 anstatt „ausreichend große und wasserdichte Räume“, „ausreichend große und **wetterdichte** Räume“ heißen.
Weissen, den 17. Mai 1909.

Die königliche Amtshauptmannschaft.

Politische Rundschau.

Wilsdruff, den 24. Mai.

Deutsches Reich.

Die Arbeit des Reichstags.

Der Reichstag hat seine Plenarsitzungen einstweilen beendet und wird sie nach einer verhältnismäßig sehr langen Pfingstpause erst Mitte Juni wieder aufnehmen, um dann möglichst bald in die Beratung der von der Regierung bis dahin eingebrachten Gesetzentwürfe einzutreten. Die Finanzkommission wird ihre Beratungen fortsetzen und bis zum Wiederauftritt des Reichstags möglichst vollenden. Allenfalls besteht wohl der Wunsch, daß diese Beratungen in der Kommission und im Plenum nunmehr einen raschen und erfolgreichen Fortgang nehmen mögen. Blickt man auf die Tätigkeit des Reichstags zurück, so wird man zugeben müssen, daß bisher noch, abgesehen von der noch nicht erreichten Klärung über die Frage der Reichsfinanzreform, ein wichtiges Stück gesetzgeberischer Arbeit geleistet worden ist. Von sozialpolitisch bemerkenswerten Gesetzen, die der Reichstag bisher zur Verabschiedung gebracht hat, ist die Abänderung der Gewerbeordnung betreffend die Regelung der gewerblichen Frauarbeit zu nennen sowie das Gesetz betreffend die Einwirkung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte. Von hervorragendem wirtschaftspolitischen Charakter sind ferner die zum Teil bereits verabschiedeten, zum Teil noch der letzten Beratung im Plenum harrenden Gesetzentwürfe über die Sicherung der Bauarbeiten, das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, das Gesetz betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, das Gesetz betreffend die Preisfestsetzung beim Markthandel mit Schlachtvieh, das Weingesez, das Automobilgesetz, das Gesetz betreffend den gewerblichen Rechtschutz, das Gesetz betreffend die Haftung des Reichs für seine Beamten und das Gesetz betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Zivilprozessordnung. Von diesen Gesetzen entspricht namentlich das Gesetz über die Sicherung der Bauarbeiten einem alten Wunsche der konservativen Partei, bessere Zustände im Bauhandwerk namentlich in den Großstädten einzuführen. In der Kommission ist dieser wichtige Gesetzentwurf wesentlich verbessert worden. An Interpellationen von Bedeutung, die den Reichstag längere Zeit in Anspruch nahmen und weitgehendes Interesse erweckten, seien erwähnt: die Interpellation betreffend das Grundungsgeld auf der Insel Raddob und die Interpellation betreffend das Koalitionsrecht der Landarbeiter. Von Gesetzen finanzpolitischer Art, die den Reichstag im laufenden Sessionsabschnitte bereits beschäftigt haben oder noch beschäftigt werden, seien die Novelle zum Baugesetz, die Entwurfe betreffend die Befestigung der Doppelbesteuerung in den einzelnen Bundesstaaten, die Reform der Fernspreckgebührenordnung und der Entwurf betreffend die Wechselstempelsteuer zu nennen. Von großer Bedeutung für weite Kreise von Staatsbürgern sind die noch der Erledigung durch den Reichstag harrenden Vorlagen betreffend die Erhöhung der Beamtenegehälter. Trotz der wichtigen finanziellen Lage des Reichs sind alle Parteien des Reichstags darin einig, daß eine Verbesserung der Reichsbeamten, analog den Beschlüssen des preussischen Abgeordnetenhauses, so bald als möglich erfolgen muß. Die notwendigen Gesamtkosten hierauf betragen nach dem Regierungsentwurf 100 Millionen Mk. jährlich. Die Kommission ist sogar über diesen Anschlag um 26 Millionen Mk. hinausgegangen und würde damit freilich, wenn sich das Plenum der Kommission anschließen sollte, eine nicht sehr erfreuliche Divergenz zwischen Preußen und dem Reich schaffen. In Verbindung mit dieser Aufbesserung ist eine Regelung des Wohnungsgeldzuschusses vorgese-

Was Seligsprechungen kosten.

Da das päpstliche Kom in Zeichen der Seligsprechungen steht, hält die „Germania“ einige Aufklärungen dogmatischer und finanzieller Natur über dies Kapitel für angebracht. U. a. ist sie in der Lage die Kosten solcher Selig- und Heiligsprechungen nach den offiziellen Angaben wiederzugeben. Danach belaufen sich die Gesamtkosten in jedem einzelnen Falle auf 260—270000 Franken. Im einzelnen ist folgende Rechnung zu belegen:

A. Seligsprechung: Einführung 10000 Franken; Prozeß „non cultus“ 2000; Prozeß „de fama sanctitatis“ 2000; Prozeß „de validitate“ 2000; Prozeß über die Tugenden 12000; Defret dazu 1000; Vollgiltigkeit des Wunderprozesses 2000; Prozeß über die Wunder 12000; Defret 1000; Kongregation und Defret „de tuto“ 3000; Kosten der Zeremonie 50000 Franken.

B. Heiligsprechung: Wiederaufnahme 2000; Vollgiltigkeit der Wunder 2000; Prozeß über die Wunder 12000; Defret dazu 1000; Kongregation und Defret „de tuto“ 3000; Kosten der Heiligsprechungszeremonie 100000; andere Unkosten 50000 Franken.

Daß diese Summen nur das Minimum darstellen, geht aus einer genaueren Spezialisierung der für die Heiligsprechungszeremonie geforderten Summe hervor. Nach den Angaben der „Germania“ darüber kostet die Aus schmückung der Peterskirche allein 150000 Franken; die päpstliche Prozession braucht für 1948 Franken Wachskerzen; die Errichtung des päpstlichen Thrones kostet 12276 Franken, die Altarferzen, Wachsfiguren für das Hochamt, Papstgeschenke, Altarbedeckungen brauchen im ganzen 15715 Franken auf, der Architekt erhält für Projekte und Voranschlag 8200 Franken; das Kapitel von St. Peter beansprucht für Miete verschiedener Gegenstände 18000 Franken, an Geschenken und Trinkgeldern an Beamte und Bedienstete sind genau 16396 Franken zu entrichten. Man sieht, billig ist eine Seligsprechung nicht und es ist recht interessant, daß ein ultramontanes Blatt so offen darüber plaudert, gleich als wenn es eine feindliche Fremde an den hübschen Summen hätte.

Gold in Südwestafrika.

In der schon eingetrossenen Lüderichbucher Zeitung werden die schon seit einiger Zeit umlaufenden Gerüchte über Vorkommen von Gold in Südwestafrika, etwa 50 Kilometer südlich Seeheim, bestätigt. Dort hat in unmittelbarer Nähe der Kalkfontein-Bahn die Schürfgesellschaft „Seeheim“ vor etwa drei Monaten begonnen zu schürfen und zu sprengen. Proben aus den oberen Quarzschichten gingen nach Swakopmund zur Analyse. Diese ergab, daß die Tonne 28 Gramm Gold enthält. Die Arbeiten sollen jetzt intensiv in die Hand genommen werden, da die Ader sich über 150 Schürfelder erstreckt und die Annahme einer reicheren Ausbeute in der Tiefe äußerst wahrscheinlich ist. Die Gesellschaft besitzt 150 Schürfelder und hat sich mit einem Kapital von 30 Milie gebildet. Das vorliegende Material ist jedoch, wie das Blatt hinzufügt, noch zu dürftig, um jetzt schon ein Urteil über die Abbauwürdigkeit zu gestatten.

Ausland.

Deutschfeindliche Rundgebungen bei der Amtseinführung des Prager Bürgermeisters.

Der Prager „Graben“ ist wieder in Stand gesetzt, die den Verkehr hemmenden Volksgruben sind verschwunden und damit auch die Bedingung erfüllt, die das Wiener Ministerium des Innern an die Bekanntmachung der kaiserlichen Bestätigung der Wiederwahl des Dr. Gros zum Bürgermeister des „goldenen, slowakischen Prag“ geknüpft hatte. Die am Mittwoch erfolgte Amtseinführung des Prager Stadtoberhauptes ging allerdings nicht ohne Äußerungen des schwer verhaltenen Ingrimmes der Stadtväter über diese oberbeobachtliche Maßnahme vor sich. Der Statthalter, Graf Coudenhove, dem der Stadtrat

das „Gesuchen“ übermittelte, bei der Amtseinführung nicht deutsch zu sprechen, verreise nach Wien (!) und ließ sich bei der Feier durch den Statthalter-Vizepräsidenten Hofacek vertreten. Die kurzen zwei deutschen Sätze, die dieser in seine tschechische Rede einschloß, wurden durch ein förmliches Hufeisen aus der Stadtväter und Scharen unüberbarm gemacht; mehrere Stadtväter verließen, geräuschvoll demonstrierend, den Saal. Bürgermeister Dr. Gros (Irych Grosch) konnte es sich in seiner Antrittsrede nicht verkagen, unter Ausfällen auf die deutschen Abgeordneten diese für die Vorgänge im böhmischen Landtage verantwortlich zu machen und darauf hinzuweisen, daß bei politischen Ereignissen der tschechische Charakter Prags, die „Gleichberechtigung“ der tschechischen Nation und die „Unteilbarkeit des Königreiches Böhmen“ durch ernste Kundgebungen (etwa die monatlangem Pöbelegesse? Die Red.) verteidigt (!) wurden.

Als nach dem der Amtseinführung folgenden Gottesdienste in der Teinkirche die Musikkapellen des ausgerichteten „bewaffneten Prager Bürgerkorps“ und der tschechischen Feuerwehr, von einer großen Volksmenge begleitet, die Hauptstraßen durchzogen, stimmte man vor dem Deutschen Hause auf dem „Graben“ das berühmte Heyleid „Dej Slovane“ an und gab damit auch den breiteren Schichten erwünschte Gelegenheit, durch deutschfeindliche Schmährufe sich in entsprechender Weise an dem Festakt zu beteiligen.

Frankreich will nur noch Panzerschiffe bauen.

Der höhere Marineetat hat sich mit zwei Anträgen betreffend die Zusammensetzung der Kriegsflotte beschäftigt. Der erste vom Marinegeneralstab eingebrachte Antrag stellt die Zahl der Panzerschiffe auf 28, der zweite, der von der ständigen Sektion des Marineetats ausgegangen ist, auf 38 fest. Dem „Matin“ zufolge befürwortete der höhere Marineetat den letzteren Antrag. Ferner befürwortete der höhere Marineetat, daß keine Panzerkreuzer mehr gebaut werden sollen, da er der Ansicht ist, daß die leichte Flotte nunmehr nur die Aufklärungskreuzer, und zwar sechs für jedes Geschwader benötigte. Voraussetzlich wird für die neuen Schiffe eine Geschwindigkeit von 20 bis 21 Knoten und ein Displacement von 21000 Tonnen gewählt werden.

Der französische Verkehrsstreik.

Der von allem Anfang einen Misserfolg bedeutete, ist nun definitiv beendet. Das Werk der Agitatoren ist gänzlich mißlungen, und die Staatsautorität ist siegreich aus dem Kampfe hervorgegangen. Am Freitag nachmittag fand in Paris eine Versammlung der Postbeamten statt, in der nach langer Debatte der Poststreik für beendet erklärt wurde. Zugleich wurde der Zentralverband der Arbeitervereinigungen von dem Versprechen entbunden, den Postbeamten-Ausstand durch den Generalstreik zu unterstützen. Die Erdarbeiter, die einzigen Arbeiter, welche ein ziemliches Kontingent für den Generalstreik gestellt hatten, haben auch bereits in einer Versammlung, die von viertausend Teilnehmern besucht war, den Beschluß gefaßt, die Arbeit wieder aufzunehmen und das Streikkomitee aufzulösen, den Schluß des Generalstreiks zu bestimmen. Die Erdarbeiter sind jetzt auf die Führer wütend, die sie zur Arbeitseinstellung verleitet haben. Den mehrfach erwähnten Patand, vom Verbanne der Elektriker, der die aufreizendsten, prahlerischsten Reden hielt, gingen sie am Freitag vormittag, als sie ihn vor der Arbeiterdelegation mit Schimpfworten und Drohungen zu Leibe. Er wußte nichts zu entgegnen und floh in die Arbeiterdeje, wo er sich in sein Bureau einschloß.

Ein österreichisch-japanisches Militärabkommen?

Ein sonderbares Gerücht ist vor einigen Tagen in den Kreisen der Wiener Diplomatie der englisch-französisch-russischen Triple-Entente mit großer Bestimmtheit aufgetreten und bildet seither den diplomatischen Gesprächsstoff